

Taliban in Pakistan

Hidayatullah Khan Bangash

In Pakistan gibt es heute mehr als 10.000 Religionsseminare, sogenannte *Madrassas*. Und vor allem in bisher noch nicht erschlossenen Gebieten kommen immer mehr neue hinzu. Der Trend zur Gründung von *Madrassas* setzte im November 1994 ein, als die islamistische Talibanbewegung im bürgerkriegsgeplagten Afghanistan ihre ersten militärischen Erfolge feierte. Heute werden an den in allen Landesteilen Pakistans zu findenden religiösen Hochschulen nach Schätzungen bereits rund eine Million junger Muslime unterrichtet. Mit Blick auf die Entstehung der Talibanbewegung in Afghanistan nimmt unter diesen vor allem die *Medrese Dar-ul-Ulum Haqqania* eine Sonderstellung ein. Die *Haqqania* wurde 1947 in Akora Khattak, einer in der pakistanischen *North-West Frontier Province* (NWFP) gelegenen Ortschaft, gegründet. Wie ihr Leiter, Maulana Sami-ul Haq, in Presseinterviews wiederholt ausführte, war sie damals in erster Linie als eine Art gegen die frühere Sowjetunion gerichtete „Garnison“ gedacht.

Die Schüler an solchen Religionsseminaren nannte man schon damals Taliban, ein Begriff, der nach dem Aufstieg der Talibanbewegung in Afghanistan weit über die Grenzen Pakistans hinaus in der ganzen Welt bekannt wurde. Die Hauptaufgabe dieser Schulen besteht darin, Islamische Bildung zu vermitteln. Dennoch haben sich die Betätigungsfelder und Unterrichtsziele der *Madrassas* im Verlauf der Zeit verändert. So begannen Schüler und Lehrer der Religionsseminare schon sehr früh damit, die sich in der Bevölkerung ausbreitenden und als Folge der britischen Kolonialherrschaft über den indischen Subkontinent wahrgenommenen säkularen Tendenzen zu bekämpfen. Und als in Afghanistan der *Jihad* gegen die Sowjetunion begann, fungierten die Religionsseminare als Propagandamaschinerie, die die Menschen immer wieder zum Engagement in diesem „Heiligen Krieg“ aufrief. Außerdem stellten sie hierfür auch selbst Kämpfer und Führungspersonal.

Die berühmte *Haqqania-Madrassa* spielte in den 80er Jahren bei der militärischen Ausbildung der *Mujahedin* und bei der Ausarbeitung von Schlachtplänen für den *Jihad* eine zentrale Rolle. Die Führer verschiedener am *Jihad* beteiligter Kampfverbände pflegten sich auf dem Gelände der *Haqqania* zu treffen. Von hier aus entwarfen sie ihre Kriegsstrategien.

Doch auch der Rückzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan 1989 brachte nicht das Ende des *Jihad*. Parteigänger der verschiedenen *Jihadi-Gruppen* und der Taliban setzten in den Grenzgebieten zu Pakistan an der Seite ihres jeweiligen favorisierten Verbandes den Kampf gegen die *Najibullah-Regierung* fort. Nach dem Sturz *Najibullahs* folgten dann bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Ethnien. Dieser nicht enden wollende Bürgerkrieg war letztendlich die treibende Kraft für die Entstehung der Talibanbewegung, die erstmals 1994 auf der politischen Bühne Afghanistans in Erscheinung trat. Heute kontrolliert diese Bewegung rund 90 Prozent des Territoriums Afghanistans einschließlich der Hauptstadt Kabul.

Die meisten Führer der Talibanbewegung einschließlich mehrerer Minister und Botschafter sind Absolventen pakistanischer *Madrassas*. Mindestens zwei der bisherigen Botschafter der Talibanregierung in Pakistan waren Absolventen der *Haqqania*, was sie durch das Hinzufügen des Begriffs „*Haqqani*“ zu ihrem Namen zum Ausdruck brachten. Andere Abgänger der Religionsschule folgten voller Stolz und in tiefer Verbundenheit zu ihrer *alma mater* diesem Beispiel.

Pakistanische *Madrassas* sind auch jederzeit bereit, der islamistischen Talibanbewegung in Afghanistan zur Seite zu springen, wenn sie auf dem Schlachtfeld in Bedrängnis gerät. So haben die *Madrassas* in solchen Situationen schon wiederholt ihre Pforten geschlossen, um ihren Studenten Kampfeinsätze zur Verstärkung in Bedrängnis geratener Talibantruppen zu ermöglichen. So blieben

beispielsweise 1998, als die Taliban *Mazar-i-Sharif* überrannten, die *Haqqania* und andere große *Madrassas* für längere Zeit geschlossen.

Haqqania-Chef Sami-ul Haq betont allerdings bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß seine Studenten lediglich Verwaltungsaufgaben übernehmen, wenn sie gerufen werden. Außerdem bestreitet er, daß auch pakistanische Studenten ihre afghanischen Kommilitonen bei ihren Einsätzen im Nachbarland begleiten. Die *Nordallianz*, die Widersacher der Taliban, behaupten allerdings, daß sich in ihrer Gewalt pakistanische Taliban befinden, die auf der Seite der afghanischen Talibanbewegung kämpften.

Die *Madrassas* in Pakistan bieten ihren Schülern und Studenten, die neben Pakistan vor allem aus Afghanistan, aus den zentralasiatischen Staaten sowie aus *Tschetschenien* kommen, eine kostenlose Ausbildung. Auf dem Lehrplan stehen *Korankunde*, die vom Propheten Muhammad überlieferten Traditionen, Islamisches Recht, Islamische Geschichte und Logik. Nach dem Ende ihrer Ausbildung finden jedoch die Absolventen der *Madrassas* auf dem Arbeitsmarkt keinen Job. So verlassen jedes Jahr tausende Studenten ohne jede Zukunftsperspektive die religiösen Seminare. Denn nur die Abgänger der modernen Bildungsinstitute in Pakistan dürfen sich Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz machen. Die Taliban genannten Studenten der *Madrassas* können dagegen niemals Programmierer, Ärzte oder Ingenieure werden. Auch in der Wirtschaft wird man ihnen nie einen Posten mit Verantwortung anvertrauen. Um überleben zu können, schließen sich die Abgänger der Religionsseminare letztendlich der einen oder anderen extremistischen Gruppierung an, um überleben zu können. Beobachter in Pakistan gehen davon aus, daß die religiös motivierte Gewalt in Afghanistan und in dem von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs ganz wesentlich auf die Präsenz dieses Potentials zurückzuführen ist.

In den Stammesgebieten von Pakistan

verfügen die Taliban über noch weit größeren Einfluß. So haben lokale Taliban in den grenznahen Gebieten zu Afghanistan jüngst Dekrete verhängt, die die Menschen dazu auffordern, ihre Fernsehgeräte, Videorecorder und Satellitenschüsseln in Brand zu stecken.

Dennoch verfolgt die pakistanische Regierung all diese Aktivitäten weiterhin als schweigender Beobachter. Längst beschleicht die Elite Pakistans die Angst, daß sich in manchen Gebieten des Landes eine Parallelregierung etablieren könnte, wenn den Aktivitäten der Taliban nichts entgegengesetzt wird.

(Übersetzung aus dem Englischen von J. Scholz)

Hidayat Ullah Khan ist Paschtune und gehört der Volksgruppe der Bangash an. Er wurde in der zu Pakistan gehörenden NWFP geboren und ist Jurist und Politologe. Seit 1984 lebt er in Deutschland. Freiberuflich arbeitet er als Sprachlehrer, Übersetzer und Gasttutor für pakistanische Landeskunde in der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) in Bad Honnef. In Deutschland ist er als Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Paschtunen politisch aktiv. Er ist außerdem Vorsitzender des paschtunischen Kulturvereins Paschtun Kor, der seinen Sitz in Bonn hat.

Repressionen gegen die Presse in den Northern Areas

M. Ilyas Khan

Auf Forderungen politischer Gruppierungen in den zentralverwalteten Northern Areas nach verfassungsgemäßen Rechten und Autonomie reagieren Politik und Verwaltung repressiv und schränken zu diesem Zweck auch die Medienberichterstattung ein.

Islamabad reagiert auf die sich weiter ausbreitende nationalistische Rhetorik in den pakistanischen Northern Areas mit drastischen Mitteln: Am 17. Oktober 2000 wurde einer der vier wichtigsten Wochenzeitungen für die Nordgebiete, die in Skardu herausgegebene K-2, die Publikationslizenz entzogen. Am 2. November verhaftete die Polizei mehr als zwei Dutzend Journalisten, die in Gilgit, dem Zentrum der Northern Areas, gegen die politische Zensur protestierten. Beobachter befürchten, daß dies nur der Auftakt zur Bekämpfung regionaler politischer Kreise war. Der Herausgeber von K-2, Raja Hussain Khan Maqpoon, hält sich seitdem vor den Behörden versteckt. Wie er dem in Karachi erscheinenden Monatsmagazin *Herald* berichtete, muß er in den Northern Areas mit seiner Verhaftung rechnen. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) fürchtet sogar um sein Leben.

Die Presselizenz wurde der Wochenzeitung von der Distriktverwaltung in Skardu (Baltistan) entzogen. Zur Be-

gründung hieß es, es seien Inhalte veröffentlicht worden, die die Gründung und Integrität Pakistans verurteilten sowie Haß und Verachtung gegenüber der Regierung streuten, mit dem Ziel, deren Autorität zu untergraben.

Dies ist offensichtlich die Reaktion auf einen Bericht über eine Demonstration der nationalistischen Vereinigung *Northern Areas Thinkers Forum* in Islamabad zum Nationalfeiertag am 14. August. Dieses Forum tritt für die Gründung zweier unabhängiger Staaten im Nordwesten des Subkontinentes ein: Ein Staat soll sich aus dem heutigen *Azad Kashmir* und dem indisch verwalteten *Jammu and Kashmir*, abzüglich Ladakh, zusammensetzen; der zweite soll aus den Territorien Gilgit, Baltistan und Ladakh gebildet werden. Den 14. August beging das Forum als „Tag der Beraubung“ (*yaum-i-mehrumi*) mit einem Protestzug zu Büros der Vereinten Nationen in Islamabad, um dort ein Memorandum zu überreichen, mit dem die pakistanische Regierung veranlaßt werden soll, die Kaschmir-Resolution der UN von 1947 (sic!, eigentlich 1948, d. Red.) anzuer-

kennen. Nach dieser Resolution sollen Indien und Pakistan ihre Truppen aus den umstrittenen Gebieten, einschließlich der Northern Areas, zurückziehen und der dortigen Bevölkerung die Selbstverwaltung zugestehen.

Über diesen Protest berichteten mehrere pakistanische Printmedien, doch wählte die Regierung offensichtlich bewußt die Wochenzeitung K-2 aus, da ähnliche Aktionen gegen Zeitungen aus der Hauptstadt oder dem Tiefland zu einem innenpolitischen Skandal geführt hätten. Die Regierung nahm zudem Anstoß an einem Artikel des früheren Generalsekretärs der *Baltistan Students' Organization*, Manzoor Hussain Parwana, der im April 2000 in K-2 erschien und die andauernde „Verfassungslosigkeit“ der Nordgebiete kritisierte (vgl. den Kommentar von Jürgen Clemens in dieser Ausgabe). Dieser Artikel wurde in der K-2-Ausgabe mit dem Hinweis versehen, daß er nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber widerspiegeln, doch im Sinne der Meinungsfreiheit publiziert werde, um die Regie-